



VON TOBIAS SCHULZE

BERLIN taz | Geschichtsunterricht in der Kaserne von Rotenburg an der Wümme: Der Standortälteste, der Kommandant und die Vertrauensleute der Soldaten sitzen zusammen und lauschen einem Referat. Ein Oberstleutnant der Reserve erzählt aus dem Leben von Helmut Lent, einem Elitepiloten der Wehrmacht und Träger des Ritterkreuzes, der im Zweiten Weltkrieg 110 feindliche Flugzeuge abschoss – bis er im Herbst 1944 bei einem Flug nach Paderborn eine Stromleitung streifte, abstürzte und starb.

Diese Geschichtsstunde fand am letzten Freitag im April statt. Anschließend stimmten die Vertrauensleute über den Wehrmachtspiloten ab – und kamen zu einer eindeutigen Entscheidung: Die Soldaten halten am Namensgeber ihres Militärstützpunktes fest. Das Areal in der Kleinstadt bei Bremen soll auch in Zukunft Lent-Kaserne heißen.

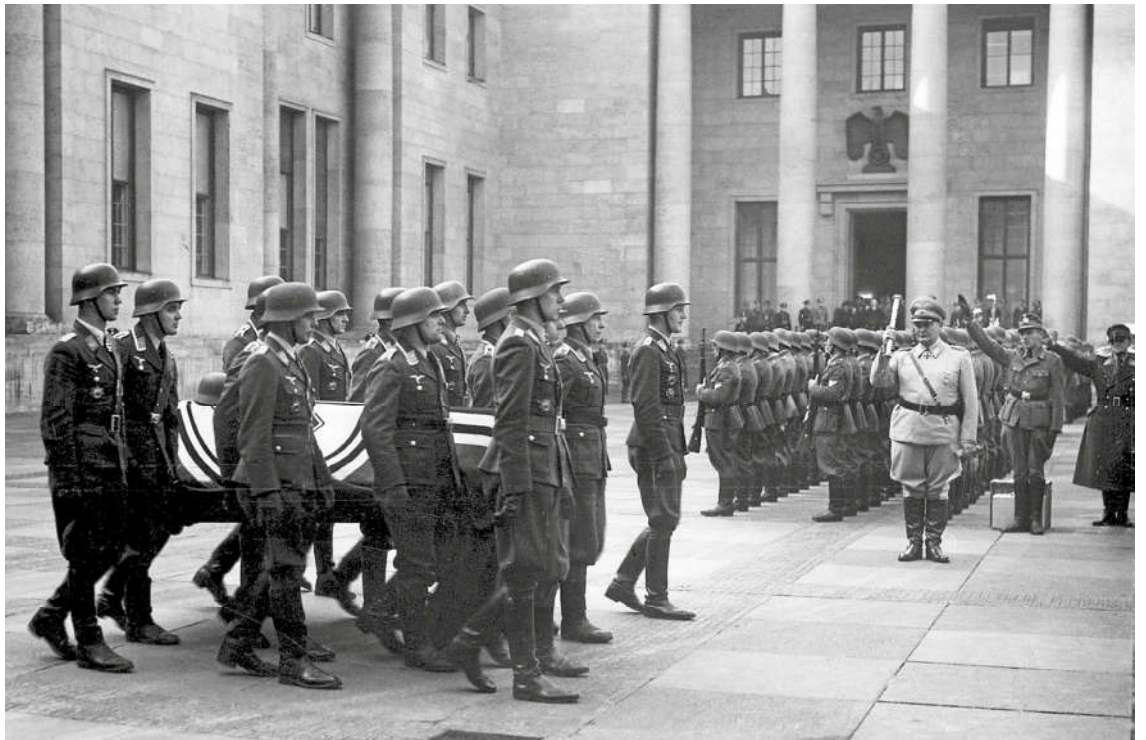
Für Ursula von der Leyen ist dieses Votum ein Problem. Denn nach dem Skandal um den terrorverdächtigen Oberleutnant Franco A. will die Verteidigungsministerin möglichst Bezüge auf die Wehrmacht aus der Bundeswehr tilgen – auch bei der Namensgebung.

„Nicht mehr sinnstiftend“

Laut einer Liste des Ministeriums sind heute noch 26 Bundeswehrkasernen nach Wehrmachtangehörigen benannt. Bei der Hälfte davon waren die Namensgeber im Widerstand, diese Fälle stehen nicht zur Debatte. Die andere Hälfte bezieht sich auf spätere Bundeswehrgeneräle und Verteidigungsminister – aber auch auf Helden der NS-Propaganda: Dazu gehören Hans-Joachim Marseille (Jagdflieger im Afrikafeldzug), Diedrich Lillenthal (Geschützführer an der Ostfront) oder eben Helmut Lent. An solche Namen möchte von der Leyen jetzt ran.

„Wir verbannen zu Recht Wehrmachtshelme aus der Stube, doch am Tor der Kaserne stehen nach wie vor Namen wie Hans-Joachim Marseille oder Helmut Lent“, sagte sie in der vergangenen Woche während einer Feier des Reservistenverbands. „Beide Namensgeber sind nicht mehr sinnstiftend für die heutige Bundeswehr.“

Allerdings verrät von der Leyen nicht, wie sie ihr Vorhaben umsetzen möchte. Bislang, so das Verteidigungsministerium, habe man Umbenennungen nie von oben angeordnet. Stattdessen habe das Ministerium die Betroffenen vor Ort mit einbezogen. Lokalpolitiker durften beraten, Bürgerinitiativen mitreden, die Soldaten ihr Votum abgeben. „Da gibt es immer wieder örtliche Prozesse, die dann zu Umbenennungen führen oder in einigen Fällen auch nicht“, sagt ein Sprecher der Ministerin. Diese Fälle wolle man „noch einmal anstoßen“.



Staatsakt der Nazis mit Luftwaffen-Oberbefehlshaber Hermann Göring für den toten Piloten Helmut Lent. Aus der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* vom 12. 10. 1944. Foto: H. Hoffmann/ulstein bild

Von oben oder von unten?

BUNDESWEHR Noch immer heißen einige Kasernen nach Wehrmachtsoffizieren, die nicht im Widerstand waren. Verteidigungsministerin von der Leyen muss nun entscheiden, ob sie die Umbenennung erzwingen will

„Wir verbannen zu Recht Wehrmachtshelme aus der Stube, doch am Tor der Kaserne stehen nach wie vor Namen wie Hans-Joachim Marseille oder Helmut Lent“

URSULA VON DER LEYEN,
VERTEIDIGUNGS-MINISTERIN

rium die Betroffenen vor Ort mit einbezogen. Lokalpolitiker durften beraten, Bürgerinitiativen mitreden, die Soldaten ihr Votum abgeben. „Da gibt es immer wieder örtliche Prozesse, die dann zu Umbenennungen führen oder in einigen Fällen auch nicht“, sagt ein Sprecher der Ministerin. Diese Fälle wolle man „noch einmal anstoßen“.

Was aber, wenn es die Soldaten dann noch immer für richtig halten, an Vorbildern aus der Wehrmacht festzuhalten – wie jetzt in Rotenburg?

1964 wurde die Kaserne nach Helmut Lent benannt. Initiator der Namensgebung war ein ehemaliger Vorgesetzter des Piloten, der wie viele andere Wehrmachtsgeneräle nach dem Krieg auch in der Bundeswehr Karriere machte. Lange Zeit war der Name relativ unumstritten.

Seit einigen Jahren läuft in der Region aber eine Debatte, im Herbst 2016 beschäftigte sich sogar der örtliche Gemeinderat mit der Frage.

Grundlage der Diskussion des vergangenen Jahres war ein Gutachten des bundeswehreigenen Zentrums für Militärgeschichte. Darin heißt es, bei Lent gebe es zwar „einige Hinweise auf eine innere Distanz gegenüber dem Nationalsozialismus“. So habe in seiner Todesanzeige die Floskel „Gefallen für Führer, Volk und Vaterland“ gefehlt, womöglich auf seine eigene Anweisung hin. Andererseits habe sich Lent „weitgehend angepasst und systemkonform“ verhalten. Es sei nicht bekannt, „dass er sich seiner Instrumentalisierung durch die NS-Propaganda“ widersetzt hätte. Für die Mehrheit der Stadträte reichte

diese Einschätzung aber nicht aus, um für eine Namensänderung zu votieren.

„Die Stadt Rotenburg bittet die militärischen Dienststellen am Standort Rotenburg darum, es beim Namen ‚Lent-Kaserne‘ zu belassen“, heißt es in ihrem Beschluss. Es gebe schließlich keine Beweise dafür, dass der Pilot ein Nationalsozialist gewesen sei. Diesem Beschluss folgten die Soldaten der Kaserne nun mit ihrer eigenen Abstimmung.

Schwierige Entscheidung

Und was macht von der Leyen jetzt? Noch vor einem Jahr hatte die Ministerin in der Sache an den örtlichen SPD-Bundestagsabgeordneten Lars Klingbeil geschrieben: Die Diskussion vor Ort führen zu lassenentspreche dem „Prinzip der Inneren

Führung und dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform“. Sie sehe keinen Anlass, in den Prozess einzugreifen.

Als von der Leyen am vergangenen Mittwoch im Verteidigungsausschuss des Bundestags auftrat, fragten die Abgeordneten hinter verschlossener Tür, was nun Sache ist: Bleibt sie bei der Haltung aus ihrem Brief – womit die Kasernen ihre Wehrmachtswörter fürs Erste behalten würden? Oder ordnet sie die Umbenennungen einfach an – womit sie vom traditionellen Verfahren abrücken würde?

Eine klare Antwort erhielten offenbar auch die Abgeordneten nicht. Zumindest sagte hinter die Grünen-Abgeordnete Agnieszka Brugger: Fragen nach dem Verfahren habe die Ministerin „einfach weggelächelt“.

Meinung + Diskussion SEITE 12

Gedenken erlaubt – auch in Zukunft

BERLIN taz | Souvenirs der Wehrmacht mussten aus den Stuben verschwinden, Kasernen möchte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen umbenennen lassen. Ausgerechnet die Gedenkveranstaltungen für einen Wehrmachtspiloten aus der berühmten Legion Condor will ihr Ministerium aber weiterhin dulden.

Seit 1981 befindet sich auf dem Gelände des Bundeswehrflugplatzes in Neuburg an der Donau ein Gedenkstein zu Ehren des NS-Propagandahelden Werner Mölders. Dessen Anhänger dürfen sich dort mit Zustimmung der Bundes-

FEIER Anhänger des NS-Propagandahelden Werner Mölders dürfen sich regelmäßig auf Bundeswehrgelände treffen

wehr regelmäßig treffen. „Die Mölders-Vereinigung führt jährlich am 22. November anlässlich des Todestages von Oberst Werner Mölders eine Versammlung am Gedenkstein auf dem Militärflugplatz sowie alle zwei Jahre eine Mitgliederversammlung in der Wilhelm-Frankl-Kaserne durch“,

bestätigt das Verteidigungsministerium in seiner Antwort auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko (Linkspartei), die der taz vorliegt.

Der Wehrmachtsoffizier Mölders stieß im Jahr 1938 zur Legion Condor, die im Spanischen Bürgerkrieg an Seiten des Franco-Regimes kämpfte. Im Zweiten Weltkrieg war er als Jagdflieger unter anderem an den Angriffen auf England und die Sowjetunion beteiligt. Das NS-Regime machte den hochdekorierten Soldaten zu einer zentralen Figur seiner Kriegspromaganda. Ende 1941 kam Mölders

bei einem Absturz ums Leben.

Im Jahr 2004 kam ein Bundeswehr-Historiker in einem Gutachten zu dem Fazit, das Mölders „als Muster eines NS-konformen Soldaten“ dienen konnte. Zum Nationalsozialismus zeigte er keine Distanz, vom deutschen Krieg in Europa war er begeistert. In Folge des Gutachtens musste das in Neuburg stationierte Jagdgeschwader „Mölders“ seinen Namen ändern. Den Gedenkstein erklärte die Bundeswehr aber kurzerhand zum Teil ihrer „militärhistorischen Sammlung“. Die Mölders-Vereinigung, deren Mitglieder vor allem ehe-

malige Soldaten sind, durfte das Kasernengelände weiterhin nutzen.

Gemäß der Antwort auf die Bundestagsanfrage plant das Ministerium nicht, die Kooperation zu beenden. Es verweist stattdessen auf eine Erklärung aus dem vergangenen Jahr, der

Laut dem Gutachten konnte er, als Muster eines NS-konformen Soldaten dienen

zufolge sich die Mölders-Vereinigung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekenne. Bei ihren Treffen am Gedenkstein handele es sich nicht um eine Feier für einen loyalen Wehrmachtsoffizier.

Der Abgeordnete Hunko kritisierte die Stellungnahme. Das Gedenken sei „ein weiteres Zeichen dafür, dass die Bundesregierung das Nazi-Problem in der Bundeswehr nicht ernst genug nimmt“, sagte er der taz. „So zu tun, als sei eine jährliche Versammlung am Mölders-Gedenkstein an dessen Todestag kein ehrendes Gedenken, ist absurd.“

TOBIAS SCHULZE